

03.3179

Motion SPK-NR. Volksabstimmungen. Information durch die Bundesbehörden Motion CIP-CN. Votations populaires. Informations fournies par les autorités fédérales

Einreichungsdatum 11.04.03
Date de dépôt 11.04.03

Nationalrat/Conseil national 23.09.03

Le président (Christen Yves, président): Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. La commission maintient la motion.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion 146 Stimmen
(Einstimmigkeit)

03.448

Parlamentarische Initiative SPK-NR. Medien und Demokratie Initiative parlementaire CIP-CN. Médias et démocratie

Erstrat – Premier Conseil

Einreichungsdatum 03.07.03
Date de dépôt 03.07.03

Bericht SPK-NR 03.07.03 (BBi 2003 5357)
Rapport CIP-CN 03.07.03 (FF 2003 4841)

Stellungnahme des Bundesrates 03.09.03 (BBi 2003 6250)
Avis du Conseil fédéral 03.09.03 (FF 2003 5697)

Nationalrat/Conseil national 23.09.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Antrag Weigelt Nichteintreten

Proposition Weigelt

Ne pas entrer en matière

Gross Andreas (S, ZH), für die Kommission: Wir dürfen Ihnen als Kommission die Früchte einer vierjährigen Arbeit zur Diskussion stellen. Es kommt ganz selten vor, dass die wichtigste Zeitung unseres Landes diese Früchte wertschätzt, indem sie einen Tag vor der Diskussion im Parlament an der wichtigsten Stelle ihres Blattes einen Kommentar schreibt. Normalerweise kommt das nur vor, wenn wir ihrer Meinung nach nicht wissen, welche freisinnigen Bundesratskandidaten wir wählen sollten; das wird vielleicht bald wieder der Fall sein. Aber diese Rarität ist Ausdruck ihrer Art unserer Wertschätzung. Wir danken ihr dafür.

Es geht darum, dass wir darauf reagieren und zeigen, dass es uns nicht gleichgültig ist, dass die Zahl der Tageszeitungen in der Schweiz in den letzten sechs Jahren um 20 Prozent abgenommen hat; dass sich die Zahl der Volleditionen in dieser Zeit von 60 auf 40, das heisst immerhin um einen Drittel, reduziert hat; dass es in der so genannten Presselandschaft der Schweiz heute 25 Prozent weniger Titel gibt als noch vor 20 Jahren, also einen ganzen Viertel weniger. Anders herum – und das ist das Entscheidende –: Es geht nicht um die Kritik an unserer nationalen Öffentlich-

keit. Auf Bundesebene gibt es ein starkes Fernsehen, es gibt eine starke Presse – es gibt eine vielfältige starke Presse –, es gibt ein starkes Radio, die alle drei politisch sehr kritisch und pluralistisch informieren. Es geht darum, dass dieses Zeitungssterben, diese Reduktion der Medienöffentlichkeit, in 80 Prozent der Kantone zu monopolistischen, quasi monopolistischen oder – wie das dann in diesem Slang heisst – zu prädominanten Öffentlichkeitsstrukturen geführt haben. Das heisst, ein Medienhaus – das ist dann eben ein Haus, das über verschiedene Medien verfügt – bzw. eine Zeitung dominiert den politischen Diskurs. Das ist in einem Land wie der Schweiz, das den Gliedstaaten, den Kantonen, so viel Macht und Eigenständigkeit zukommen lässt wie kein anderes Land in dieser Welt, nicht akzeptabel, und zwar aus zwei Gründen:

Der erste Grund ist der, der in der Öffentlichkeit mit Recht immer diskutiert wurde. Eine demokratische Meinungsbildung braucht verschiedene Informationsquellen und verschiedene Thesen. Aus These und Antithese können der Bürger und die Bürgerin die beste Synthese bilden. Deshalb brauchen wir eine Vielfalt, die in den allermeisten Kantonen – die Kantone Zürich und Tessin z. B. sind die ganz grossen Ausnahmen – nicht mehr existiert.

Der zweite Grund ist der Aspekt, dass Macht nur kontrolliert werden kann, wenn verschiedene Orte diese Macht kontrollieren wollen. Dieser Aspekt findet in der öffentlichen Diskussion – vor allem auch von Verlegerseite, durch welche die Früchte unserer Arbeit in sehr überheblicher und kaltschnäuziger Art und Weise nicht geschätzt und auch nicht diskutiert worden sind – viel zu wenig Erwähnung. In diesem Land, das sozusagen über einen Drittel der Macht an die Kantone delegiert – der Drittel der Gemeinden kommt noch dazu –, in diesem Land, in dem mehr als die Hälfte der Gestaltungsmacht und auch der öffentlichen Gelder bei den Kantonen und bei den Gemeinden ist, gibt es ausgerechnet dort, wo so viel Macht existiert, die Voraussetzungen für die Machtkontrolle nicht mehr. Das ist das andere alarmierende Zeichen, auf das wir reagieren müssen.

Es sind diese beiden Dinge – Vielfalt als Voraussetzung für eine demokratische Meinungsbildung und verschiedene Zentren der Öffentlichkeit als Voraussetzung für die demokratische Machtkontrolle und zur Verhinderung des Machtmissbrauches –, die vor schon fast zehn Jahren in der Verfassungskommission des Bundes über verschiedene Parteien hinweg eine Mehrheit entstehen liessen, die der Meinung war, dass wir einen Medienartikel in der Bundesverfassung brauchen; nicht einen Presseförderungsartikel, sondern einen Medienvielfaltsartikel.

In der Verfassungskommission war das noch nicht möglich, weil es die Nachführungskonzeption überstiegen hätte. In der letzten Legislatur war es noch nicht möglich, weil die Sensibilität gegenüber diesem Wandel interessanterweise noch nicht genügend gross war und weil unser Vorschlag vielleicht noch nicht optimal war. Aber jetzt, nach diesen letzten vier Jahren, hat eine Kommission, die eben diese Veränderungen reflektiert, einstimmig – mit 2 Enthaltungen – entschieden. Das ist interessant. Die Veränderungen und die Monopolisierung der kantonalen Öffentlichkeiten haben ein Ausmass erreicht, das heute von fast niemandem mehr unter uns negiert wird. Die beiden, die sich der Stimme enthalten haben, haben nicht das Problem negiert, sondern sie haben gesagt, die Lösung reiche ihnen nicht.

Das ist ein Wandel, der in dieser ganzen langen Geschichte der Presseförderungsdiskussion – die gibt es bei uns in diesem Haus seit 40 Jahren – doch eine besondere, eigene Qualität zum Ausdruck bringt. Ich habe am Anfang diesen Artikel, den Kommentar in der «NZZ», erwähnt. Ich möchte auf diesen Kommentar eingehen, denn er ist wie in einem Konzentrat auch der Ort der Missverständnisse, auch der falschen Darstellung dessen, was wir Ihnen vorschlagen.

1. Die Chance, dank der wir in der Kommission Einstimmigkeit erreicht haben, ist wahrscheinlich der erste Punkt, der klar zum Ausdruck gebracht werden muss. Wir sind uns bewusst, dass die finanziellen Mittel des Bundes knapp sind. Interessanterweise ist es uns eben gelungen, einen Vor-

schlag zu machen, der nicht mehr Geld verlangt. Denn es wird bisher viel Geld für die indirekte Presseförderung ausgegeben; es hat sich aber gezeigt, dass dieses Geld sehr schlecht investiert worden ist. Statt dass die kleinen, die mittleren Verleger und Zeitungen unterstützt worden sind, haben die grössten am meisten davon bekommen. Es ist nicht ganz falsch, auch wenn es mir persönlich ein bisschen wehtut, dass man dieses Gesetz eher als Postförderungsgeiz apostrophieren könnte denn als klare Presseförderung im Sinne der Förderung der regionalen und lokalen Vielfalt. Es geht eben nicht darum, mehr Geld auszugeben; es geht darum, das Geld, das bereits ausgegeben wird, effizienter und sachgerechter auszugeben, damit es wirklich das Ziel erreicht, das es erreichen möchte.

2. Es sind nicht einfach nur die CVP- oder die SP-Vertreter, die hinter diesem Vorschlag stehen, sondern auch Freisinnige. Denn die Freisinnigen haben in der Kommission eine wichtige Arbeit geleistet, stehen zu diesem Antrag, und sogar SVPIler stehen dazu. Es war in der Verfassungskommission auch der jetzige Bundesrat Schmid, der wesentlich dazu beitrug, dass diese Idee so aufgegleist wurde und heute eine Mehrheit gefunden hat.

3. Es ist nicht einfach Strukturerhaltung, die wir betreiben möchten. Denn wenn sich die monopolistischen Tendenzen heute schon in 80 Prozent der Kantone durchgesetzt haben, reicht es eben nicht mehr, zu erhalten. In unserem Konsens steht der Punkt, dass wir dort, wo diese monopolistischen Strukturen schon zu weit entwickelt sind, Kontextumstände schaffen möchten, welche es neuen Produkten erlauben, wieder auf den Markt zu gehen und eine Marktposition zu finden. Das ist eben das Entscheidende, und deshalb ist es interessant, die «NZZ» zu zitieren: der Punkt, dass der Markt im Medienbereich eben gerade nicht Konkurrenzverhältnisse schafft, die interessanterweise die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie sind. In diesem Markt schafft die Wirtschaft, wenn man sie allein lässt, Verhältnisse, die keine Konkurrenz, keinen Wettbewerb zur Folge haben. Ausgerechnet in jenem Teil des Marktes, wo Wettbewerb und Konkurrenz für die Demokratie politisch wichtig und sinnvoll wären, schafft die Wirtschaft alleine das nicht. Die Politik – wir alle, nicht einfach der böse Staat – muss heute intervenieren, damit die Wirtschaft leiplankenmässig wieder in eine Richtung gelenkt wird, die den Wettbewerb wiederherstellt; genau diesen Wettbewerb, den diese Wirtschaft sonst immer so hochhält, genau die Konkurrenz, die diese Wirtschaft immer so hochhält. Aber ausgerechnet dort, wo es politisch wirklich sinnvoll ist, findet dieser Wettbewerb nicht statt.

Das ist ein sehr, sehr interessanter Punkt, weil er von jenen, die uns bekämpfen, nie thematisiert wird. In seiner Mehrheit schweigt sich auch der Bundesrat in seinem Papier vornehm darüber aus. Das ist interessanterweise der Punkt, wo ich manchmal den Eindruck habe, dass wir Linken seit 20 Jahren gelernt haben, dass die Ideologie uns nicht im Wege stehen muss, wenn es um die Wahrnehmung und die Analyse der Wirklichkeit geht; das haben wir gelernt. Aber diejenigen, die uns das lehren, scheinen hier in ihrem eigenen Bereich einen blinden Fleck zu haben, den sie bisher nicht überwinden konnten.

Ich bin froh, und zwar deshalb: Viele von uns haben gemerkt, dass etwas passiert ist zuhause, das nur aus den Kantonen heraus nicht verändert werden kann. Es braucht eine Bundesarbeit, es braucht einen Verfassungsartikel, damit wir in den Kantonen eine Vielfalt wiederherstellen können, die Voraussetzung für eine demokratische, echte Meinungs- und Willensbildung und auch für die Kontrolle der Macht ist. Wenn Sie die Vernehmlassung zu unserem Verfassungsartikel gelesen und studiert haben, dann sehen Sie, dass die Mehrheit, die grosse Mehrheit der Kantone diesen Artikel begrüsst und dass auch die grosse Mehrheit der Parteien das begrüsst. Selbstverständlich – und das ist der wichtige Punkt – haben nicht alle dieselben Vorstellungen davon, wie dieser Verfassungsartikel dann umgesetzt werden kann. Das ist auch legitim so. Aber ich bitte Sie, nicht den Fehler zu machen, den Verfassungsartikel zu bekämpfen

fen, weil Sie nicht mit allen Ideen einverstanden sind, die wir zur gesetzlichen Umsetzung vorschlagen: Wir sollten gemeinsam für das Fundament kämpfen, auch wenn wir auf diesem Fundament bzw. auf diesem Boden unterschiedliche Bäume wachsen lassen möchten.

Das ist der Punkt, wo man auch dem Verlegerverband sagen muss: Seine Stiftungs idee ist eine mögliche Form der Umsetzung, aber die Stiftungs idee ist völlig kompatibel mit dem Verfassungsartikel. Man darf sogar sagen: Der Verfassungsartikel ist die Voraussetzung dafür, dass die Stiftungs idee überhaupt eine staatsrechtlich solide Basis hat. Das heisst, auch der Verlegerverband sollte sehen, dass er keinen Grund hat, diese Verfassungsgrundlage zu bekämpfen, weil diese Verfassungsgrundlage das, was wir machen möchten, legitimiert; er zwingt uns zur Diskussion. Wir haben Vorschläge gemacht, die Ihnen zeigen, dass die Interpretation, die Realisierung dieser Verfassungs idee mit objektiven Zahlen und nicht mit Einschätzungen politischer Art passieren kann. Das ist der Punkt, der dann auch garantiert, dass diejenigen, die von uns – das heisst eben von der Gesellschaft, von uns allen, von den Bürgerinnen und Bürgern – Mittel bekommen, welche die Vielfalt im Interesse von uns allen ermöglichen, genauso unabhängig sind wie heute, wo sie nichts bekommen, aber auch zum Teil gar nicht mehr existieren können.

Denn das ist ja der schärfste Punkt, der uns entgegengehalten wird, dass Unterstützung sozusagen Abhängigkeit bedeute. Wenn die Unterstützung aber auf objektiven Kriterien beruht, die keine Ermessensspielräume offen lassen, dann besteht diese Abhängigkeit nicht. Selbst wenn Sie nicht immer ganz mit diesen Werten einverstanden sind, können wir in der Gesetzgebung darauf zurückkommen. Ich bitte Sie zu sehen, dass dies kein Grund ist, den Verfassungsartikel zu bekämpfen.

Ich möchte Sie bitten, diesen Verfassungsartikel zu unterstützen, auf das Geschäft einzutreten und auch zu sehen, dass der Verfassungsartikel dort, wo es im Interesse des nationalen Zusammenhalts um die Förderung von kulturellen Zeitschriften geht, um die Förderung von Mitgliederzeitschriften, die indirekte Presseförderung noch zulässt. Aber dort, wo es um die Vielfalt in den Kantonen und Regionen geht, müssen wir eine Umstellung vornehmen, weil sich die indirekte Presseförderung als nicht sachgerecht erwies, ineffizientes Geldausgeben zur Folge hatte. Dieses Geld möchten wir heute effizienter ausgeben, sachgerechter – dafür brauchen wir aber eine Verfassungsgrundlage.

Ich bitte Sie, dieser Verfassungsgrundlage zuzustimmen.

Antille Charles-Albert (R, VS), pour la commission: La Commission des institutions politiques du Conseil national a adopté le 2 juillet 1999 un avant-projet d'arrêté fédéral sur les médias et les mesures à prendre dans le domaine de la politique de la presse. Aujourd'hui, nous vous proposons d'inscrire dans la constitution un article sur les médias et la presse, qui donnerait à la politique des médias de la Confédération un cadre général au niveau constitutionnel.

Je dirai que le parcours a été long pour arriver jusque dans cette salle. Lorsque notre commission a pris connaissance des résultats de la consultation relative audit avant-projet en sa séance du 11 novembre 1999, elle a décidé de ne pas soumettre de projet aux Chambres. En effet, l'accueil réservé à ce premier projet était mauvais et les réponses négatives de presque tous les milieux ont incité la commission à le retirer. Nous avons par contre constaté que la nécessité de légiférer restait entière face à la concentration croissante de la presse. C'est alors que nous avons mandaté la sous-commission «Médias et démocratie» pour élaborer un nouveau projet qui soit susceptible de trouver un consensus en tenant compte des résultats de la consultation. Cette sous-commission, à laquelle j'ai participé et qui était présidée par le rapporteur de langue allemande, M. Gross Andreas, a commencé à s'entretenir avec M. Fehr Hans-Jürg, qui avait déposé l'initiative parlementaire 00.407, «Encouragement

de la presse», et a auditionné des experts et des représentants de divers cantons.

Le 1er mars 2001, la commission a donné un mandat précis à la sous-commission, poursuivant les quatre buts suivants:

1. encourager indirectement la presse à travers une réduction des taxes postales, en utilisant à meilleur escient les fonds versés à la Confédération – 100 millions de francs à l'époque, 80 millions de francs aujourd'hui;
2. prévenir la création de monopoles régionaux dans le domaine des médias, afin de garantir la diversité des opinions nécessaire au bon fonctionnement de la démocratie;
3. définir les directives de l'Etat en matière d'autorégulation: liberté de la presse à l'intérieur des médias, institution de services de médiation, adoption de dispositions en matière de transparence, promotion de la qualité;
4. encourager la formation et le perfectionnement des professions des médias.

Les exigences de l'initiative parlementaire Fehr Hans-Jürg coïncidaient avec les grandes lignes de ce mandat. M. Fehr a retiré son initiative pour laisser la place à la future initiative de la commission. Pour pouvoir élaborer un projet susceptible de réunir une majorité, nous avons recherché le dialogue avec tous les milieux concernés.

C'est après de multiples séances que, le 5 septembre 2002, la commission a décidé, à l'unanimité, de proposer d'inscrire un article 93a dans notre constitution. Le but avoué de ce nouvel article est de créer la base légale constitutionnelle pour que des mesures soient prises pour encourager la diversité de la presse régionale. Selon des explications données, c'est précisément au niveau de la politique régionale que l'on peut constater la formation de monopoles dans la branche des médias.

Pour la commission, il est clair qu'une base légale expressément formulée dans la constitution doit permettre de prendre des mesures plus ciblées que l'actuelle solution des tarifs postaux préférentiels. Nous préconisons dans notre rapport de changer de système et de subventionner directement la presse sur la base de critères précis. Quelques-uns de ces critères sont décrits dans notre rapport, mais je tiens à préciser ici qu'il le sont à titre indicatif. Ils devront être traités de façon définitive lors de l'établissement de la loi sur la diversité des médias.

Le projet d'article 93a tel qu'il est issu de nos travaux est, en comparaison du projet de 1999, nettement plus court. C'est aussi pour cela que les résultats des deux procédures de consultation ne peuvent que difficilement être comparés. Les prises de position de la deuxième consultation portent plus sur des aspects du rapport explicatif de la commission que sur l'article constitutionnel lui-même.

En résumé, je dirai que le passage du soutien indirect à un soutien direct pour les médias et la création d'un nouvel article constitutionnel ont été approuvés par la majorité des cantons et des partis politiques, mais reçus plutôt négativement par la branche des médias. La commission pense que l'on peut faire beaucoup pour la diversité du paysage médiatique avec 100 millions de francs, à condition de mieux cibler leur attribution qu'actuellement. Au lieu d'allouer des fonds à des grands éditeurs, il faut les diriger vers la presse locale et régionale. Le principe de l'arrosage est dépassé et la diversité pourrait être renforcée par l'aide directe que nous proposons.

Je dirai encore que cette nouvelle politique de la Confédération dans le domaine de la presse ne produira pas de dépendances supplémentaires. Dans plusieurs pays, de tels articles sont entrés dans les constitutions.

Conformément au vote intervenu dans sa séance du 3 juillet dernier, c'est par 17 voix sans opposition et avec 3 abstentions que la commission vous propose d'accepter l'introduction de cet article 93a dans la constitution.

Deux mots sur le rapport du Conseil fédéral sur ce sujet. Nous n'avons pas pu en débattre en commission puisqu'il nous est parvenu assez tardivement. Par contre, je suis sûr pris de voir l'opposition du gouvernement à ce projet, alors que pendant trois ans, nous avons travaillé main dans la main avec l'administration, surtout sur le plan technique. Elle

a toujours encouragé la sous-commission à poursuivre ses travaux, alors que nous voulions déposer notre tablier à quelques reprises.

Créer une base légale en introduisant cet article dans la constitution nous donne des possibilités de soutenir la presse de façon différente de ce qui se fait aujourd'hui, et nous pensons que cela devient primordial pour le maintien de médias diversifiés et autonomes.

Weigelt Peter (R, SG): Die Medienordnung eines Landes ist von tragender staatspolitischer Bedeutung und ist gleichzeitig ein Index für die Freiheit und Offenheit einer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund, vor dieser grundsätzlichen Positionierung misst die FDP der Ausgestaltung der schweizerischen Medienordnung grosse Bedeutung zu. Wir orientieren uns dabei an einem pluralistischen Modell, welches eine flächendeckende Informationsverbreitung sicherstellt, die kulturelle Entfaltung fördert, den Minderheiten einen angemessenen Platz einräumt, Bildungsleistungen gewährleistet und insbesondere den Wettbewerb im Markt der Medien möglich macht.

Nimmt man diese auf Pluralismus ausgerichteten Parameter als Massstab zur Bewertung der schweizerischen Medienordnung, so erkennt man einige Mängel im elektronischen Bereich, wo durch die Stellung der SRG zum Teil zu hohe Wettbewerbschancen bestehen. Zudem stellt sich die Frage, wo und in welchem Ausmass Bildungsleistungen noch Bestandteil medialer Kommunikation sein sollen und sein müssen. Grundsätzlich aber stellen wir fest, dass der Wettbewerb funktioniert und weder der Medienpluralismus noch die Meinungsvielfalt in der Schweiz gefährdet sind.

Angesichts dieser Feststellung wird denn auch rasch klar, dass eine Überprüfung des vorliegenden Verfassungsartikels der Staatspolitischen Kommission unseres Rates anhand der einleitend formulierten Kriterien einer liberalen Medienordnung nicht standhält. Unter keinem Titel ergibt sich die Notwendigkeit zusätzlicher staatlicher Eingriffe. Da überall, wo ein neues Gesetz nicht zwingend notwendig ist, auch kein neues Gesetz geschaffen werden darf, lehnt die FDP-Fraktion die Aufnahme des vorgeschlagenen Medienartikels in die Bundesverfassung klar ab. Während ich bei der staatspolitischen Bedeutung einer liberalen Medienordnung von einem breiten Medienmix ausgehe, der die Zeitung wie das Buch, das Radio, das Internet, die Magazine und das Fernsehen mit einbezieht, reduziert sich der vorgeschlagene Verfassungsartikel – trotz der Überschrift «Medienartikel» – in unzulässiger Weise auf die Printmedien, primär auf die Zeitungen. Diese Reduktion der medienpolitischen Debatte ist weder wünschbar, noch entspricht sie der kommenden Entwicklung im Umfeld der Kommunikation.

Die FDP anerkennt, dass gerade in einer direkten Demokratie der freien Meinungsbildung und damit der Meinungsvielfalt und der Meinungsvielfalt eine zentrale staatspolitische Bedeutung zukommt. Dass diese zentralen Werte jedoch durch Konzentrationsprozesse in der Medienlandschaft ernsthaft gefährdet sind, ist weder nachgewiesen, noch ist mittelfristig davon auszugehen. Die Vielfalt an Titeln in der schweizerischen Presselandschaft ist international betrachtet immer noch weit überdurchschnittlich, und allfällige Verluste werden zumindest unter dem Aspekt des Medienpluralismus und der Meinungsvielfalt über neue elektronische und digitale Angebote substituiert und aufgewogen. Wenn wir Wettbewerb als Triebkraft von Innovation und Leistung anerkennen, so ist in der schweizerischen Medienlandschaft keine neue gesetzliche Förderung angezeigt, sondern der Leitspruch für eine pluralistische, zukunftsorientierte Medienordnung muss dann vielmehr heissen: «Weniger hindern statt mehr fördern.»

Zusätzlich zu dieser grundsätzlichen Ablehnung eines neuen Medienartikels in der Bundesverfassung, welcher auch vom Bundesrat in seinem Bericht vom 3. Juli ja deutlich abgelehnt wird, können einige ganz praktische Überlegungen gegen den Vorschlag der Staatspolitischen Kommission eingebracht werden. So ist heute unbestritten, dass die zu-

nehmende Technologisierung der Medien grössere operative Einheiten erfordert, nicht zuletzt auch im Printbereich. Wer diese Entwicklung mit staatlichen Mitteln verhindern will, betreibt blosses Strukturerehaltung. Weiter müssen wir erhebliche verfassungsrechtliche Vorbehalte anmelden, da weder der Begriff der Vielfalt noch das Ziel der Fördermassnahmen definiert sind, was unter einem normativen Blickwinkel mehr Fragen als Lösungen provoziert.

Wenn schliesslich im erläuternden Bericht darauf hingewiesen wird, dass die kantonale Politik in der Presse zu wenig zum Ausdruck komme und unausgewogen dargestellt werde, so mag dies vielleicht stimmen. Doch darf eine solche Feststellung auf keinen Fall zur Begründung für eine staatliche Einflussnahme angeführt werden. Die FDP wird sich mit Vehemenz gegen alle derartigen inhaltlichen Interventionen oder Umverteilungskriterien zur Wehr setzen. Gleichzeitig anerkennen wir aber, dass die heutigen Regelungen der indirekten Presseförderung ungenügend sind. Insbesondere das Giesskannenprinzip muss möglichst rasch durch ein ziel- und zweckgerichtetes Modell ersetzt werden. Dabei aber unter dem Deckmantel eines Medienartikels eine interventionistische Presseförderung einzurichten, lehnen wir ab.

Die Diskussion um die vorliegende Parlamentarische Initiative misst sich im aktuellen Status der Beratungen an grundsätzlichen, um nicht zu sagen ideologischen Parametern der Mediendebatte. Die FDP-Fraktion hat sich unter diesen grundsätzlichen Aspekten klar gegen einen Systemwechsel von der indirekten zur direkteren Presseförderung ausgesprochen. Es ist daher sachgerecht, wenn diese Haltung mit einem Nichtintretensantrag verbunden wird, welchen ich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der FDP-Fraktion hiermit stelle.

Ich komme zum Schluss: Die FDP-Fraktion lehnt mit dem Bundesrat den vorliegenden Medienartikel ab, da er ordnungs- wie medienpolitisch fragwürdig ist und wir die Zielsetzung einer staatlich finanzierten Strukturerehaltung im Pressewesen nicht mittragen wollen. Für uns Freisinnige ist die Pressefreiheit ein hohes Gut, welches sich gerade durch die Freiheit gegenüber dem politischen System profiliert. Am Subventionstropf des Staates geht diese Freiheit aber unwiderruflich verloren, denn wer vom Staat Geld nimmt, wird sich bald einmal auch nach dem Staat richten. Wo die Freiheit gegenüber dem politischen System verwirkt wird, geht letztlich auch die Pressefreiheit verloren.

Ich bitte Sie, dieser verhängnisvollen Spirale frühzeitig ein Ende zu setzen und dem Nichtintretensantrag zuzustimmen.

Bühmann Cécile (G, LU): Herr Weigelt, Ihre Argumentation hat jetzt fast so getönt, wie wenn Sie ein Mandat des Verbandes Schweizer Presse hätten. Aber Spass beiseite: Letzte Woche hatte der Verband Schweizer Presse seine Mitgliederversammlung, und es wurde da mit 92 zu 46 Stimmen beschlossen, eine Stiftung zu verlangen, die mit 150 Millionen Franken aus Bundesmitteln alimentiert werden soll und genau das Ziel verfolgt, das der Verfassungsartikel will, den wir vorschlagen. Ist das an Ihnen vorbeigegangen? Oder sind Sie nicht auch der Meinung, dass Sie Ihre Haltung jetzt revidieren müssen, nachdem der Verband Schweizer Presse selber zur Einsicht gekommen ist, dass er mit den bestehenden Mitteln den demokratiepolitischen Auftrag tatsächlich nicht mehr in dem Sinne erfüllen kann, wie es die Politik eigentlich auch meint?

Weigelt Peter (R, SG): Da ich kein Mandat der Schweizer Presse habe, kann ich auch mit gutem Gewissen hier sagen, dass ich diese Stiftungs Idee weder als sachgerecht noch als angebracht empfinde. Ordnungspolitisch ist sie genauso falsch wie der Verfassungsartikel, den wir heute diskutieren.

Bühmann Cécile (G, LU): Die grüne Fraktion bittet Sie, dem von der SPK beantragten Verfassungsartikel zuzustimmen. Zwei Punkte sind uns dabei wichtig: erstens die Erhal-

tung der Pressevielfalt und zweitens die Förderung von Medien, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen. Ich werde vor allem zum ersten Punkt etwas ausführlicher Stellung nehmen, weil uns die Pressevielfalt ein ganz zentraler Punkt zu sein scheint. Es ist in den letzten Jahren ein Konzentrationsprozess in Gang gekommen, der für die demokratische Auseinandersetzung alles andere als positiv ist. Die Vorredner, die Kommissionssprecher, haben das deutlich ausgeführt. Immer mehr Monopolwüsten – ich gebrauche dieses Wort, auch wenn es die Zeitungsverleger nicht schätzen – beherrschen die Schweiz. Fast alle Regionen verfügen über nur noch eine Zeitung. Dass das der öffentlichen Debatte abträglich ist, kann ich als Luzernerin, die die Veränderungen direkt erlebt hat, nur bestätigen. Waren in der Region Luzern bis vor einigen Jahren drei Tageszeitungen vorhanden, die miteinander im Wettbewerb standen, so gibt es heute nur noch die «Neue Luzerner Zeitung» («NLZ») mit ihren Kopfbältern in der ganzen Innerschweiz. Wenn die «NLZ» entscheidet, über etwas nicht zu berichten, dann kommt dieses Ereignis einfach nicht vor. Das ist der Effekt des Monopols, was nichts anderes als eine grosse Machtballung bedeutet.

Ich kenne nicht viele Politiker und Politikerinnen der Innerschweiz, die mit dieser Situation glücklich sind. Aber es geht ja nicht um das Glück von Politikerinnen. Es geht um die Qualität der demokratischen Auseinandersetzung, und dieser ist ein Monopol schlicht und einfach abträglich. Da kann der Zeitungsverlegerverband, der Verband Schweizer Presse, noch so oft das Gegenteil behaupten, wie er es in seinem Schreiben vom 10. September wieder getan hat. Sie alle haben ja diesen Brief erhalten. So einhellig, wie dieser Brief daher kommt, ist die Meinung im Verband Schweizer Presse nämlich überhaupt nicht. Ich weiss, dass die Wogen über die ablehnende Haltung des Vorstandes gegenüber diesem Verfassungsartikel sehr hoch gehen und dass in diesem Zusammenhang sogar von einer Spaltung des Verbandes die Rede war.

Im «Klartext» – das ist das schweizerische Medienmagazin, das sehr interessante Insiderberichte über die Situation in den Medien enthält – hat Heinz Roland in einem Artikel in der Nummer 1 dieses Jahres Folgendes geschrieben: «Die Diskussionen um die Zukunft der staatlichen Presseförderung in der Schweiz sorgen beim Verlegerverband Schweizer Presse für dicke Luft. Während der Verbandsvorstand gegen die direkte Presseförderung Stimmung macht, fühlen sich die kleinen Verlage von ihrem Branchenverband im Stich gelassen. Für den Verband Schweizer Presse ist in der helvetischen Medienwelt alles zum Besten bestellt: Wie 'noch nie in der Geschichte der Schweiz' habe die Bevölkerung heute die Möglichkeit, sich 'rasch und umfassend in vielfältigster Art und Weise zu informieren'.» Das berichtete der Verlegerverband in seiner ablehnenden Stellungnahme zum vorgeschlagenen Medienartikel in der Bundesverfassung.

«Für eine direkte staatliche Presseförderung» – ich zitiere weiter aus dem erwähnten «Klartext»-Artikel –, «wie sie von der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vorgeschlagen wird, gebe es entsprechend keinerlei Bedarf. Nach den Vorstellungen der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates soll der Bund künftig in einem neuen Verfassungsaufsatzartikel 93a dazu verpflichtet werden, die 'Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien' durch direkte Massnahmen zu fördern. Von den Direktzahlungen sollen in erster Linie kleine Lokal- und Regionalblätter profitieren, die zwar eine bedeutende demokratiepolitische Funktion erfüllen, vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration im Verlagswesen aber – wie kleinere Unternehmen in anderen Branchen auch – unter ökonomischem Druck stehen.

Ein 'unzutreffender Befund', meint hingegen der Verband Schweizer Presse. Der 'demokratierelevante, öffentliche Diskurs' funktioniere nach wie vor bestens, schreibt er in seiner Stellungnahme und lobt die 'hohe Titelvielfalt', welche die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch aufweise. Die 'unbestreitbar bestehenden Konzentrationsprozesse bei den Printmedien' hätten im Übrigen dazu ge-

führt, dass sich heute immer mehr Blätter als 'Forumszeitzungen' verstanden, womit – so glaubt zumindest der Verband Schweizer Presse – 'der Meinungspluralismus' auch in pressopolitisch monopolisierten Zonen gewährleistet bleibe. Der Verlegerverband wittert hinter der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung deshalb lediglich eine 'demokratisch motivierte regulatorische Einflussnahme', die darauf abziele, 'die Freiheit der Medien einzuschränken' – oder, wie es an anderer Stelle in der Stellungnahme von Schweizer Presse heisst: 'Freiheit mutiert zur Pflicht zu einer politischen Berichterstattung und zur Übernahme einer bestimmten demokratiepolitischen Funktion'.³

Diese schroffe Absage des Verbandes Schweizer Presse an die direkte Presseförderung ist allerdings nicht allen Mitgliedern geheuer. Schon letztes Jahr hat sich eine ganze Reihe kleiner und mittlerer Verlagshäuser, die übrigens immer noch die Mehrheit im Verband bilden, innerhalb ihres Branchenverbandes für einen Medienartikel samt direkter Presseförderung stark gemacht.

Seit letztem Freitag gibt es nun einen neuen Akt des Geschehens: Letzten Freitag fand die Mitgliederversammlung des Verbandes Schweizer Presse statt. Dazu gab es Medienberichterstattungen. Ich habe hier die Berichterstattung aus dem «Bund» mit der Schlagzeile «Uneinige Verleger». Ich habe mit grossem Erstaunen gelesen, dass an dieser Mitgliederversammlung – wie ich vorhin zitiert habe – ein Vorschlag, der eigentlich genau das will, was wir hier mit diesem Presseförderungsartikel in der Verfassung verlangen, mit 92 zu 49 Stimmen angenommen wurde. Der Vorschlag besteht einfach in der Idee, das Geld – 150 Millionen Franken, selbstverständlich staatliche Mittel – einer Stiftung anzuvertrauen. Mit dieser Stiftungs idee soll – ganz in unserem Sinn – eigentlich das verwirklicht werden, was wir mit unserem Artikel meinen. Wenn man eine solche Stiftung einrichtet, müssten wir darüber noch im Detail sprechen; auch eine solche Stiftung braucht eine Verfassungsgrundlage. Eine Verfassungsgrundlage würden wir mit dem, was wir heute vorlegen, in wunderbarer Weise liefern.

Eigentlich muss man sagen, dass die kleinen Verleger im Presseverband inzwischen erfolgreich geworden sind. Sie sind mit ihrer Sorge durchgekommen. Ihre Sorge ist die gleiche wie die unsere, nämlich dass sie dem ökonomischen Druck ausgesetzt sind und ihm nicht mehr standhalten können, wie das die grossen Medienhäuser können.

Eigentlich hätte uns der Verband Schweizer Presse – nachdem er uns am 10. September diesen Brief geschrieben hat, in dem alles in Minne scheint und dass der Verband geschlossen gegen unseren Vorschlag einsteht – richtigerweise sofort einen neuen Brief schreiben müssen. Ich gehe davon aus, dass Medienleute wissen, dass heute im Parlament diese Debatte stattfindet. Korrekterweise hätten sie uns eigentlich subito einen neuen Brief schreiben und uns darauf hinweisen müssen, dass die Würfel letzten Freitag anders, nämlich zu unseren Gunsten gefallen sind. Für Zeitungsverleger ist das, finde ich, eine ziemlich intransparente Haltung, sind doch die Medien so etwas wie die vierte Gewalt in der schweizerischen Demokratie. Es hätte ihnen gut angestanden, uns mit einem Brief über ihre neuen Bemühen zu informieren und uns zu sagen, dass die Halbschlüsse zu informieren und uns zu sagen, dass die Haltung, wie sie dem Brief vom 10. September zu entnehmen ist, eigentlich bereits überholt ist.

Ganz stossend ist auch, dass der Bundesrat die einseitige Argumentation der lautstarken Mehrheit des Verbandes übernommen hat. Das spricht nicht gerade für sein demokratiepolitisches Fingerspitzengefühl – schade, dass mir der Bundesrat nicht zuhört – und ist doch eigentlich erstaunlich, denn der Bundesrat müsste in diesem Engagement für die Demokratie auf unserer Seite stehen und nicht auf der Seite der grossen Verlagshäuser. Er müsste auf der Seite derer stehen, die die Demokratie verteidigen, und nicht auf der Seite derer, die den Teufel des Staatsinterventionismus an die Wand malen. Ich denke, dass der Grund für diese Haltung viel einfacher und viel trivialer ist: Der Bundesrat fürchtet sich schlicht und einfach vor weiteren finanziellen Verpflichtungen. Aber Zeitungen sind nun einmal nicht ein

Produkt wie jedes andere, das man dem freien Markt überlassen kann. Sie dürfen nicht den gleichen Marktgesehen unterworfen werden wie irgendein Produkt, wie Turnschuhe oder Coca-Cola.

Herr Bundesrat, hat die Stellungnahme des Schweizerischen Presseverbandes von letzter Woche nichts an Ihrer Haltung gegenüber der Frage dieses Verfassungsartikels geändert? Es müsste logischerweise bei Ihnen zu einem Stimmungswandel gekommen sein, nachdem Sie ja eigentlich mit der Haltung des Presseverbandes argumentiert haben und dieser jetzt seine Haltung geändert hat.

Kurz zum zweiten Grund, warum wir Grünen selbstverständlich für diesen Verfassungsartikel sind: Er bildet die Verfassungsgrundlage dafür, dass auch in Zukunft Publikationen von gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Organisationen gefördert werden können, welche für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz eine bedeutende Rolle spielen. Diese Publikationen, die heute von der Verbilligung der Zustelltarife der Post profitieren, sind durch die Änderungen bei den Verbilligungen der Posttaxen sehr gefährdet. Deshalb ist es dringend notwendig, eine Verfassungsgrundlage zu schaffen, welche die Basis für gesetzliche Bestimmungen bildet, damit diese Gefahr von diesen Organisationen abgewendet werden kann.

Aus diesen zwei Gründen bitte ich Sie im Namen der grünen Fraktion, dem Presseförderungsartikel, wie ihn die SPK beantragt, zuzustimmen.

Eberhard Toni (C, SZ): Die CVP-Fraktion ist von der Notwendigkeit der Presseförderung überzeugt. Bereits seit 1970 wurden dazu verschiedene Vorstösse eingereicht. Auch bei der Diskussion um die Revision der Bundesverfassung wurde diese Notwendigkeit eingesehen; weil man sich aber auf die Nachführung beschränken wollte, wurde die Behandlung dieser Frage verschoben.

Grund dieser Diskussion ist die Konzentration der Presseerzeugnisse. Wir haben heute in der Schweiz vier grosse Verlagshäuser – Ringier, NZZ, Tamedia AG und Edipresse –, die den Grossteil der Schweiz abdecken. In diesem Teil verschwinden viele regionale Zeitungen. Herr Weigelt hat gesagt, der Wettbewerb spiele; das ist richtig. Der Grund dafür ist: Die kleineren Zeitungen gehen unter. Ein Wettbewerb herrscht natürlich auch im Inseratebereich. Die grossen Verlage sind besser in der Lage, Konditionen zu machen.

Bei uns in der Zentralschweiz herrscht noch eine grössere Pressevielfalt. Aber auch hier geht die Konzentration weiter; meine Vorrednerin hat darauf hingewiesen. Selbst die «Neue Luzerner Zeitung», eher ein dominierendes Blatt, wurde vor einem Jahr von der «Neuen Zürcher Zeitung» zu 33 Prozent übernommen, vor kurzem hat sie auf 44 Prozent erhöht; mit der restlichen Streuung der Aktien – Breitenstreuung – ist das quasi eine Mehrheitsbeteiligung. Dadurch ist die Meinungsvielfalt gefährdet; davon ist die CVP-Fraktion überzeugt.

Unsere direkte Demokratie lebt von dieser Meinungsvielfalt. Sie ist auf eine unabhängige, neutrale Presse angewiesen. Wir von der CVP-Fraktion sind auch der Meinung, es sei enorm wichtig, dass diese Meinungsvielfalt bleibt. Vor allem für die politische Meinungsbildung bei Abstimmungen ist es notwendig, dass grosse Verlage keinen Einfluss darauf ausüben können.

Wir haben ja heute bereits eine Förderung der Presse über das Postgesetz. Früher waren es 100 Millionen Franken, jetzt ist dieser Betrag auf 80 Millionen gekürzt worden. Hier geht es natürlich vor allem um die Postzustellung, die Taxverbilligung. Hier wiederum profitieren vor allem grosse Zeitungen mehr. Ein Nachteil ist auch, dass mit der Postzustellung der Wettbewerb nicht spielt. Vielfach ist es möglich, durch Privatzustellungen billiger vorzugehen; das können aber nur grosse Verlage tun. Ein Nachteil der Postzustellung ist auch die Frühzustellung. Viele Zeitungskonsumenten wünschen, ihre Zeitung bereits beim Frühstück zu haben. Das ist aber über die Post nicht möglich. Für regionale Zeitungen ist eine solche Privatzustellung unmöglich;

das bedeutet ebenfalls einen massiven Wettbewerbsnachteil für diese Zeitungen.

Die SPK will jetzt mit diesem neuen Verfassungsartikel von der indirekten zur direkten Presseförderung wechseln. Die direkte Förderung verspricht einige Vorteile: Man kann direkt und gezielt in die Förderung eingreifen; man kann Kriterien vorgeben, welche Zeitungen gefördert werden sollen. Die SPK hat hierzu Vorschläge gemacht; sie können noch diskutiert werden. Wir verlangen einen redaktionellen Anteil, wir verlangen ein Redaktionsstatut. Wir sind auch der Meinung, es sollte möglich sein, dass die Zahl der Auflagen bis zu einer gewissen Grösse gefördert werden soll. Es wäre auch möglich, mit der direkten Förderung Qualitätsförderung zu betreiben sowie Kurse und Schulungen zu unterstützen. Der Widerstand gegen diese direkte Förderung kommt vor allem von Verlegerseite; meine Vorrednerin hat darauf hingewiesen. Aber es ist hier klar: Die Verlegerseite ist natürlich von den grossen Zeitungen dominiert.

Der Bundesrat kritisiert in seiner Stellungnahme, es sei Strukturverhaltung. Wir von der SPK wollen aber ganz klar qualitativ gute Zeitungen fördern.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Parlamentarische Initiative der SPK. Wir sind der Meinung, es sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, die vorhandenen Mittel besser und gezielter einzusetzen. Es sind immerhin 80 Millionen Franken. Ich bitte Sie deshalb, auf diesen Entwurf einzutreten.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Die sozialdemokratische Fraktion wird den Verfassungsartikel annehmen. Sie wird den Antrag der SPK unterstützen, weil er vom bisherigen, untauglichen System der Presseförderung wegführt hin zu einer Medienpolitik mit einer besseren Zielsetzung und einem besseren Instrumentarium.

Ich möchte gleich zu Beginn Herrn Weigelt sagen, dass es nicht darum geht, eine neue Staats tätigkeit aufzunehmen oder zusätzliche staatliche Mittel zu beanspruchen. Es geht darum, ein bisheriges System in ein besseres System umzuwandeln. Das bisherige System ist ja sehr eindimensional. Es beruht auf der Portoverbilligung durch die Post. Es ist also nicht einmal der ganze Vertrieb inbegriffen; der Vertrieb durch private Vertriebsgesellschaften ist ausgeschlossen. Es wird nur gerade das Vertragen durch die Post verbilligt. Dafür setzt der Bund 100 Millionen Franken ein, vom nächsten Jahr an noch 80 Millionen. Dieser Geldregen wird wie mit der Giesskanne auf über 3000 Titel verteilt. Wenn man aber glaubt, er würde gleichmässig verteilt, dann irrt man, denn die Hälfte, 50 Millionen Franken, geht an die beiden Grossverteiler und an die vier Grossverlage, also genau dorthin, wo eigentlich keine Förderung betrieben werden muss, weil diese Unternehmen ja profitabel bis hoch profitabel sind. Noch schlimmer ist, dass sich das bisherige System der Presseförderung als vollkommen ineffizient erwiesen hat. Es war nicht imstande, das Massensterben im Blätterwald zu verhindern, das in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Es hat ihm nichts entgegensetzen können. Darum ist heute meines Erachtens die Diagnose, die auch der Bundesrat macht, in der Branche und auch in der Politik unbestritten. Ich zitiere hier den Bundesrat: er anerkennt nämlich, «dass die heutige Praxis der Presseförderung Mängel hat und in vielen Teilen wenig zielkonform ist». Das ist auch unsere Meinung. Sogar die Schweizerische Post, die ja diese 100 Millionen Franken bekommt, hat sich in der Vernehmlassung für die Abschaffung des bisherigen Systems und für den Wechsel zu einer besseren Methode ausgesprochen. Das drängt sich auf, und darum geht es hier. Die Konsequenz der Analyse und der Diagnose ist: Wir wollen einen Methodenwechsel.

Sie, meine Damen und Herren, haben den ersten Schritt zu diesem Methodenwechsel bereits gemacht. Sie haben nämlich bei der Beratung der Postverordnung beschlossen, dass das bisherige System der Presseförderung im Jahr 2007 ausläuft. Darum ist es notwendig, dass man jetzt den zweiten Schritt macht, dass wir eine Rechtsgrundlage schaffen, damit wir dieses auslaufende, schlechte Modell durch ein

besseres ersetzen können, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

Welches Ziel streben wir an? Die SPK hat einen sehr tauglichen Begriff gewählt, um diese Zielsetzung zu beschreiben. Sie sagt nämlich, es gehe darum, demokratische Offenlichkeiten zu sichern oder allenfalls wiederherzustellen. Es geht also nicht um Strukturerhaltung, sondern es geht um Vielfaltsförderung. Es geht um publizistischen Wettbewerb, und dieser ist eben nicht schon gegeben, wenn eine Monopolzeitung Leserbriefe oder Stellungnahmen aller Parteien abdruckt. Es geht hier um die Vielfalt der Blickwinkel, um die Vielfalt der Sichtweisen auf die Realität und um die Vielfalt der Meinungen über diese Realität, die zum Tragen kommen müssen, und es geht um die unterschiedliche Gewichtung, die man je nach Standort vornimmt.

Auf die Frage bzw. die Behauptung im Votum Weigelt, wir hätten ja noch eine ausreichende Vielfalt in der Schweiz und wir hätten eine viel vielfältigere Vielfalt als im Ausland – hier braucht es eben auch eine differenzierte Antwort. Wir haben auf der nationalen oder besser gesagt auf der sprachregionalen Ebene publizistischen Wettbewerb. Da besteht kein Handlungsbedarf. Aber auf den unteren Ebenen unseres Staates, und die sind eben in unserem föderalistischen System auch wichtig, also in den Kantonen, Regionen und Kommunen, ist es eben nicht mehr so wie auf der sprachregionalen Ebene. Das Basler Modell – Sie erinnern sich vielleicht, die Fusion von «Basler Nachrichten» und «Nationalzeitung» – hat man damals als unglaublich bezeichnet. Dieses Basler Modell ist heute in der Schweiz der Regelfall geworden; Frau Buhlmann hat auch darauf hingewiesen.

Von der Medienwissenschaft, von Professor Roger Blum, lernen wir, dass nur gerade noch in 20 Prozent aller Bezirke in der Schweiz ein Mediensystem besteht, das man als System mit Wettbewerb bezeichnen kann. In allen anderen Bezirken, in 80 Prozent der Bezirke, herrschen also monopolistische Zustände; monopolistisch nicht einmal nur in der Presse, sondern das wird noch durch Radio- und Fernsehstationen ergänzt. Dass eben diese Monopolisierung stattgefunden hat und dass man das als unbefriedigend empfundenet, spiegelt sich in der Vernehmlassung. Nicht weniger als 16 Kantone haben dem Verfassungsartikel der Staatspolitischen Kommission zugestimmt. Das ist ein grosser Wandel gegenüber früher. Auch die Arbeitnehmerorganisationen, die Konsumentenorganisationen haben zugestimmt. Sie haben eben ihre guten Gründe. Das Monopol bedeutet Vielfaltsverlust. Und was mindestens so gravierend ist: Monopole bedeuten eben auch Abhängigkeit; Abhängigkeit nicht nur der Journalistinnen und Journalisten, die nur noch einen Arbeitgeber zur Verfügung haben, sondern auch Abhängigkeit des politischen Personals von diesem einzigen Medium, das noch geblieben ist.

Wir müssen neue Wege beschreiten. Es braucht dafür nicht mehr Geld. Im Gegenteil: Mit den bisherigen Mitteln kann man sehr viel und sehr viel Besseres erreichen. Was wir brauchen, ist mehr Effizienz. Und was wir brauchen, ist mehr Zielgenauigkeit in der Medienpolitik. Die Stossrichtung ist vorgezeichnet. Sie ist durch die Studie Ecoplan vorgezeichnet, die übrigens auch der Bundesrat – er bzw. der Chef des UVEK hat sie ja in Auftrag gegeben – als Referenzgrösse akzeptiert. Diese Studie kommt zum Schluss, dass eine nachhaltige Förderung der Lokal- und Regionalpresse nur über eine direkte Förderung erzielt werden kann. Das ist die Marschrichtung, in die wir gehen müssen.

Nun noch ein Wort zu den so genannten Staatsmedien: Es wird ja hier immer die Horrervision gezeichnet, dass der Geld gebende Staat dann auch Einfluss nehme und dass er den Redaktionen redaktionelle Vorschriften mache. Es ist merkwürdig, dass man das immer dann als Argument bringt, wenn man von der Presse spricht, aber nie, wenn man von den Radio- oder von den Fernsehstationen spricht. Was haben wir aber hier in der Schweiz seit 15 Jahren für ein System? Drei Viertel aller privaten Lokalradios existieren nur noch, weil sie Gebühren bekommen. Sie könnten auch nicht aus den eigenen Märkten heraus leben. Trotzdem, hat die Politik gefunden, seien sie es wert, am Leben zu bleiben,

und hat ihnen diese lebensrettende Unterstützung zugesagt. Die gleichen Leute, die uns davor warnen – und ich rede jetzt von den Grossverlegern –, bei der Presse in ein System von Direktzahlungen überzuwechseln, verlangen jetzt Gebühren, damit sie ihre unrentablen Regionalfernsehsender am Leben erhalten können. Da ist dann plötzlich nie die Rede von Staatseingriffen oder Einflussnahmen auf die Redaktionen. Da wird mit sehr unlauteeren Mitteln argumentiert. Noch ein letztes Wort zur Haltung des Verbandes Schweizer Presse, dessen Mitglied ich ja auch bin, wie Sie wissen. Letzten Freitag hat hier ein eigentlicher Durchbruch stattgefunden. Der Verlegerverband ist von seiner bisherigen bornierten Haltung des Neinsagens zu einer viel konstruktiveren Haltung übergegangen. Ich rede jetzt nicht vom Geld, das er verlangt, diesen 150 Millionen Franken. Ich habe vorherin gesagt, Herr Mörgeli: Meiner Meinung nach kann man mit 50 Millionen Franken effiziente Pressepolitik machen. Ich rede also nicht von diesen 150 Millionen, ich rede auch nicht von der Stiftungsdeed, aber ich rede von der grundsätzlichen Haltung, dass der Verlegerverband im Gegensatz zu seiner eigenen Vernachlässigung jetzt auch bereit ist, diesen Weg zu beschreiten. Auch seine Ideen bräuchten eine andere Rechtsgrundlage. Auch der Verlegerverband kommt nicht allein mit dem Postgesetz aus. Nur darum geht es heute: Wir müssen auf Verfassungsebene in eine Rechtsetzung einsteigen, die uns erlaubt, eine korrekte, zielgerichtete und effiziente Medienpolitik zu betreiben.

Ich bitte Sie daher, der Staatspolitischen Kommission zu folgen.

Joder Rudolf (V, BE): Auch die SVP anerkennt die Bedeutung der Medien für die demokratische Meinungsbildung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir haben allerdings Zweifel, ob mit diesem vorgelegten Verfassungsartikel die gesteckten Ziele erreicht werden können – die Ziele sind der publizistische Wettbewerb und die medienpolitische Vielfalt –; wir haben diese Zweifel bereits während der Kommissionsarbeit wiederholt geäussert. Wir haben uns auch bemüht, in dieser Kommission konstruktiv mitzuarbeiten, aber diese Zweifel konnten nie beseitigt werden. Deshalb hat sich die Mehrheit der SVP-Vertretung in der Kommission am Schluss der Stimme enthalten: Herr Gross Andreas, es waren 3 und nicht nur 2 Enthaltungen.

In aller Kürze: Im Vordergrund stellen sich drei Problemkreise. Der erste Punkt ist die Konkretisierung dieses Verfassungsartikels. Wenn man den Verfassungsartikel liest, tönt das alles wunderbar, aber entscheidend ist, wie dieser Artikel umgesetzt wird. Mit grosser Mühe und einem grossen Arbeitsaufwand hat sich die Kommission durchgerungen und versucht, diese Bestimmung zu konkretisieren. Als Voraussetzung für die Gewährung von finanzieller Unterstützung wurden neun Kriterien definiert, die erfüllt sein müssen, damit ein Pressezeugnis, also eine Zeitung, in Zukunft öffentliche Mittel erhält. Einige dieser Kriterien in Kürze: Die Zeitung muss bereit sein, ihre Rechnung offen zu legen; die Zeitung soll bereit sein, sich der Presse-Ombudsstelle zu unterstellen; die Zeitung muss ihre Besitzverhältnisse sowie allfällige weitere Beteiligungen offen legen; die Zeitung muss ein Redaktionsstatut haben; die Zeitung muss über eine bestimmte Auflage verfügen, die nicht zu tief und nicht zu hoch ist; die Zeitung muss regelmässig erscheinen; der redaktionelle Teil darf einen bestimmten Anteil nicht unterschreiten usw.

Es gibt also eine Vielzahl von detaillierten Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen – gewissermassen als Gegenleistung für das öffentliche Geld. Genau diese Konkretisierungen werden nun von den Direktbetroffenen vehement abgelehnt, weil sie befürchten – und ich meine, zu Recht –, dass dadurch das journalistische Schaffen beeinträchtigt wird und dass die Zeitung ihre Unabhängigkeit verliert. Diese Befürchtungen werden absolut zu Recht geäussert. Auch deshalb hat offenbar der Verband Schweizer Presse mit seinem Brief vom 10. September, den Frau Bühlmann bereits er-

wähnt hat, mitgeteilt, dass dieser Medienartikel entschieden – ich betone: entschieden – abzulehnen ist.

Ich weiss nicht, ob sich die Meinung der Schweizer Presse seit letztem Freitag grundlegend geändert hat. Auch der neue Vorschlag ist problematisch. Kurz gesagt: Man will mehr Geld in einer Stiftung, deren Zusammensetzung überhaupt nicht geklärt ist. Die Direktbetroffenen wollen diesen Artikel gar nicht.

Das zweite Problem: Mit den allenfalls zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln können die Marktkräfte kaum beeinflusst werden. Auf diesen Aspekt weist der Bundesrat in seiner Stellungnahme ausdrücklich hin, auch hier meinen wir, absolut zu Recht. Hier sollte man sich wirklich keine falschen Vorstellungen machen und keine falschen Erwartungen haben. Die aktuelle Situation, z. B. beim Berner «Bund», zeigt dies mit aller Deutlichkeit. Es ist nicht möglich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, mit diesen Zahlen, die jetzt diskutiert werden, auch nur marginal in das Marktgeschehen einzugreifen.

Der dritte Problemkreis: Die Chancen einer politischen Realisierung dieses Verfassungsartikels, so wie er heute zur Diskussion steht, sind ausserordentlich gering. Wie wollen wir diese Bestimmung einer Mehrheit im Volk und in den Ständeschmackhaft machen, wenn wir die aktuelle Ausgangssituation betrachten? Die Vorstellungen gehen viel zu weit auseinander. Die Betroffenen wissen nicht, was sie wollen. Die notwendigen Mittel der Öffentlichkeit stehen nicht zur Verfügung. Das politische Terrain ist weit und breit nicht bereit für diesen Medienartikel. Vermutlich dient es der Sache mehr, wenn diese Thematik zuerst auf unterer Stufe unter Einbezug der Betroffenen mit aller Gründlichkeit konsolidiert wird, bevor wir einen Verfassungsartikel schaffen, der in der heutigen Situation wirklich im luftleeren Raum hängt.

Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die SVP-Fraktion, den Antrag Weigelt zu unterstützen.

Beck Serge (L, VD): Le groupe libéral considère aussi que la liberté et la diversité de la presse sont des éléments fondamentaux de notre démocratie. Les citoyens de ce pays doivent pouvoir en effet bénéficier de sources d'informations de qualité – et nous sommes là, reconnaissons-le, dans le domaine des critères subjectifs –, mais surtout de sources d'informations diverses – et nous sommes là dans les critères objectifs qui nous permettent de distinguer les structures éditoriales des médias écrits.

La concentration des éditeurs est un problème réel. Les effets de la globalisation, conjugués avec le ralentissement conjoncturel qui entraîne une forte diminution des volumes publicitaires, mènent à la disparition ou à la concentration des médias d'importance régionale, non seulement dans le domaine de la presse écrite, mais aussi dans le domaine audiovisuel. Dans cette problématique de la diversité de l'information des citoyens, nous devons aborder le problème de manière globale, y compris avec les médias audiovisuels.

La problématique étant posée, il convient de procéder à une évaluation de situation. Force est de reconnaître que la situation actuelle est insatisfaisante en termes d'encouragement à la diversité de la presse. Les 100 millions de francs, maintenant réduits à 80 millions de francs, consacrés par la Confédération à cet égard sous forme de réduction de frais de distribution, restent employés à mauvais escient – je crois que le constat peut être unanime – dans la mesure où ils profitent plus à la presse attachée à la grande distribution qu'aux journaux de taille régionale. Ce problème est réel et il est sans doute perçu davantage dans les régions périphériques que dans les grandes agglomérations. On doit de ce point de vue-là reconnaître, avec un certain esprit critique, les propos de M. Weigelt tout à l'heure. Il est évident qu'à Zurich, il y a sans doute encore une certaine diversité de la presse, qui n'existe sans doute plus à Lucerne ou à Sion. Et cette problématique-là doit également être intégrée à notre réflexion.

En ce qui concerne le diagnostic, le groupe libéral peut donc suivre totalement la commission.

Mais la thérapie proposée paraît au groupe libéral, comme au Conseil fédéral, trop invasive, non pas en raison de la teneur rédactionnelle de l'article constitutionnel, mais bel et bien au niveau de l'esprit qui le sous-tend et qui est illustré dans les exemples de concrétisation qui ont été fournis par la commission. Monsieur Gross Andreas, lorsque l'on veut définir la liberté, c'est déjà que l'on souhaite la réglementer et donc par la même sans doute la restreindre.

L'examen des mesures d'application qui sont esquissées inquiète à cet égard le groupe libéral puisque, par exemple, au chiffre 9 de la page 4859 du rapport de la commission, on envisage de retirer tout soutien financier à un organe de presse, par hypothèse régional puisque sa dimension est limitée, qui serait financièrement performant tout en respectant tous les autres critères, soit les critères de taille et de qualité rédactionnelle. Si cette législation, par la concrétisation de l'article constitutionnel qui, je le répète, n'est pas néfaste en lui-même, doit être celle du soutien aux canards boiteux, je crois que nous faisons fausse route avec la mise en place de mécanismes pernicieux qui seront à terme préjudiciables à la qualité et à la créativité dans le domaine des médias, donc finalement, à leur diversité.

Le système actuel est inadéquat, mais la solution constitutionnelle proposée n'est pas opportune, car l'esprit qui la sous-tend, avec un cumul de critères conditionnant une aide directe, risque, et ici le groupe libéral partage l'avis du Conseil fédéral, de porter atteinte à la liberté de la presse.

Donc, le groupe libéral n'entrera pas en matière sur ce projet.

Il déplore toutefois que le gouvernement, qui constate, à l'instar de l'ensemble des tendances politiques présentes dans ce Parlement, les défauts de la solution actuelle, ne s'emploie pas de manière plus dynamique à proposer une réforme législative et se contente de rejeter, sans autre position, les conclusions des travaux de la commission.

En résumé, le groupe libéral constate que la situation actuelle n'est pas satisfaisante, mais il constate aussi que l'esprit qui sous-tend le projet de la commission serait sans doute néfaste à l'avenir pour la liberté de la presse et pour la diversité des opinions qui peuvent y être exprimées. Je crois qu'il y a lieu, dans ce domaine, de préserver l'autonomie et la créativité des médias, et de ne pas vouloir faire entrer dans un cadre que l'on peut supposer nettement trop étroit les critères qui permettraient un encouragement de la Confédération à la diversité des médias.

Gross Andreas (S, ZH), für die Kommission: Drei kleine Bemerkungen zu drei grossen Einwänden:

1. Herr Weigelt, aus nichts gibt es keine Ordnung. Freiheit heisst nicht nichts. Freiheit muss politisch hergestellt werden. Aus dem Nichts entsteht nicht Freiheit. Aus dem Nichts entsteht Chaos, und das ist meistens Unfreiheit. Es ist hochinteressant, dass jene, die in Bezug auf den wirtschaftlichen Wettbewerb eine sehr intensive, fein ausgestaltete staatliche Wettbewerbsordnung begrüssen, weil sie wissen, dass das die Voraussetzung für einen echten Wettbewerb ist, dies in der Publizistik – im Medienbereich – reduzieren wollen. Da kommt einem Rousseau in den Sinn: Nur der Starke braucht keine gesetzliche Ordnung, weil er eben stark ist. Aber Fairness und Schwäche müssen durch Regeln ausgeglichen werden. Im wirtschaftlichen Bereich machen sie das, und hier, wo die wirtschaftliche Freiheit die Voraussetzungen der Demokratie verhindert, müssen wir das auch tun, um diese Voraussetzungen wiederherzustellen.

Ich bitte Sie, doch auch die Subtilität unseres Konzeptes zu erkennen. Es ist durchaus möglich, dass in zehn Jahren diese beiden Artikel – der jetzt bestehende Fernsehartikel und der Medienartikel – die Grundlage für eine gemeinsame Gesetzesordnung sind, die dann eben das bewirkt, was Sie uns bisher noch nicht zugetraut haben, nämlich unter dem Titel Medien die elektronischen und die Printmedien zusammenzuschliessen. Die Idee, dass die übernächste Revision der Radio- und Fernsehgesetzgebung mit der Umsetzung dieses Artikels vereint werden kann, kommt aus dem UVEK.

Der Bundesrat hat das erkannt. Er hat nämlich bei der Kürzung von 100 auf 80 Millionen Franken gesagt, das sei eine Übergangsordnung bis 2007, wo wir dann mit der Umsetzung des Verfassungsaikels so weit seien, dass er die Übergangsregelung ablösen könne durch diejenige, die wir dann aufgrund dieser Verfassungsgrundlage ausarbeiten möchten. Diese Subtilität ist Ihnen, glaube ich, entgangen. Wenn Sie ihr Rechnung tragen, können Sie vielleicht Ihren Nichteintretensantrag nochmals überdenken.

2. Herr Joder, es ist immer so, dass man Zweifel haben kann, ob ein Verfassungsaikel die angestrebten Ziele erreicht. Aber sicher ist, dass die Reduktion der Vielfalt und damit die demokratieuntauglichen Veröffentlichungen noch zunehmen werden, wenn Sie nichts tun. Deshalb ist es den Versuch wert, nach 30-, 40-jähriger Diskussion über die Zieladäquanz diese Grundlage zu schaffen, weil die Chance, dass es gelingt, grösser ist als mit dem Status quo. Die Chance, dass es gelingt, ist grösser, als wenn wir nichts tun. Das ist sicher. Deshalb ist der Zweifel, dass es absolut gelingt, berechtigt, das bezweifelte Ergebnis aber unwahrscheinlich, weil die anderen Zweifel noch viel grösser wären. Es ist interessant, dass der Presse- und Verlegerverband das, was Sie als «nicht numerische Umsetzung» in der Gesetzgebung kritisiert haben, genau so möchte: Die Selbstregulung z. B. hat er in seiner Stiftung übernommen, während dem wir aber ganz genau darauf bedacht gewesen sind, in der Gesetzgebung numerische Umsetzungskriterien vorzuschlagen, weil diese keine Ermessensspielräume für staatliche Verwaltung und damit für politische Intervention eröffnen. Es ist immer die Tragik: Sagt man, wie man später einen Verfassungsaikel umsetzen möchte, wird einem vorangeworfen, das und jenes sei nicht gut. Wenn man das nicht tut, wird einem vorgeworfen, es sei eine Fahrt ins Blaue; und Herr Weigelt hätte gesagt, wir kaufen die Katze im Sack und solche Sprüche. Sie sind frei, wie Sie umsetzen möchten. Wir wollten Ihnen zeigen, dass man den Verfassungsaikel umsetzen kann, ohne staatliche Interventionsspielräume in der Medien- und Pressefreiheit zu eröffnen, und das ist uns gelungen. Man kann es immer noch anders machen, aber man muss uns nicht sagen, dass wir glauben, man könne es nur mit einer Steigerung der Interventionen erreichen.

3. Der letzte, vielleicht der allerwichtigste Punkt: Die Direktbetroffenen seien dagegen. Die meisten Direktbetroffenen existieren gar nicht mehr, weil sie in den letzten 20 Jahren gestorben sind! Die kann man nicht mehr fragen. Es ist eben keine Strukturerhaltung, weil wir Einzelne von ihnen wieder revitalisieren wollen: Es ist ein Revitalisierungsprogramm, es ist keine Strukturerhaltung! Zum andern gibt es die Direktbetroffenen, die dafür sind, und das ist das, was Frau Bühlmann und Herr Fehr sehr schön gezeigt haben: Der Verlegerverband hat sich ausdifferenziert. Er ist in sich selbst genauso pluralistisch wie der Bundesrat, der uns vier Jahre lang unterstützt hat, der sogar in seiner eigenen Gesetzgebung unsere Arbeit antizipiert und unterstützt hat. Aber es gibt auch andere, und es gibt auch die Starken, die Mächtigen, die das nicht nötig haben. Aber Gesetze macht man nie für die Starken: Gesetze macht man für die Schwachen und für die Fairness. Das ist in der Demokratie ganz wichtig, und wir reden hier über die Fundamente der Demokratie. Deshalb müssen wir an diesen Fundamenten arbeiten, wenn uns die Demokratie wichtig genug ist.

Antille Charles-Albert (R, VS), pour la commission: Je dirai d'abord à M. Beck que nous sommes sur la même longueur d'onde quant à l'aide de 80 millions de francs, donc s'agissant de l'aide indirecte. Pour accorder une aide directe, nous n'avons pas de base légale. C'est pour cela que la commission propose d'introduire un article 93a dans la constitution. Ensuite, la deuxième chose que je voudrais préciser, c'est que ce nouvel article constitutionnel tel que la commission vous le propose, permettra par la suite non seulement de légiférer sur la presse écrite, mais également de soutenir d'autres médias tels que radio ou télévision. Il est clair que si, par la suite, nous voulons faire une loi concernant les ra-

dios ou les télévisions locales, nous avons également besoin d'une base constitutionnelle.
C'est pour cela que je vous demande vivement de soutenir le projet de la commission.

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Sie haben der schriftlichen Stellungnahme des Bundesrates entnommen, dass er den Entwurf der Kommission nicht unterstützen kann. Trotzdem ist für ihn eine neue Medienbestimmung in der Bundesverfassung durchaus denkbar, aber das Konzept der Kommission vermag uns nicht zu überzeugen.

Es steht zunächst ausser Diskussion, dass die Medien, namentlich die Presse, für die Gesellschaft, für die direkte Demokratie eine grosse Rolle spielen. Wir wissen auch, dass sich in der Medienlandschaft seit längerer Zeit ein Strukturwandel abspielt, der sich vor allem in Konzentrationsenden niederschlägt. Jüngstes Beispiel dieser Entwicklung ist das Engagement der Espace Media Groupe bei der Zeitung «Der Bund». So weit sind wir mit der Analyse der Kommission durchaus einverstanden.

Wir sind auch damit einverstanden, dass diese Konzentrationsenden potenziell die Gefahr der Meinungsmacht von einzelnen Medienunternehmen bergen kann. Dennoch ist festzuhalten, dass diese Konzentration nicht automatisch einen Machtmissbrauch bedeutet. Ich möchte an einige Beispiele erinnern: Erinnern Sie sich daran, dass bei der Abstimmung über den EWR 1992 praktisch alle Medien für diesen Beitritt gewesen sind, dass dann aber doch anders abgestimmt wurde. Wir haben auch daran zu erinnern, dass die Meinungsvielfalt im Lande durch überregionale, durch landesweit verbreitete Zeitungen einerseits, durch die elektronischen Medien andererseits weiterhin garantiert ist. Wir haben auch daran zu erinnern, dass die Gefahr von Konzernjournalismus, von Konzernkampagnen tatsächlich besteht, dass solche Kampagnen auch durchgeführt werden, dass es aber auch andere Medienkampagnen gibt, wie ich aus letzter Zeit weiss. Einzelne Chefredaktoren rufen zum Beispiel andere Chefredaktoren an und organisieren eine Kampagne weit über die jeweiligen Konzerne hinaus.

Konzentration hat nicht nur Nachteile, sondern sie hat durchaus sogar Vorteile. Es kommt nicht selten vor, dass einzelne Printprodukte nur nach brancheninternen Zusammenschlüssen oder Übernahmen überhaupt noch herausgegeben werden können. Unter Umständen kann erst eine gewisse Konzentration sicherstellen, dass ein Medienunternehmen über die kritische Grösse und die Wirtschaftskraft verfügt, um überhaupt noch einen professionellen Journalismus betreiben zu können.

Erst mit einer gewissen Stärke sind Sie zum Beispiel auch in der Lage, Manipulationsversuchen von aussen – zum Beispiel von PR-gesteuerten Meinungsmachern im Auftrag von politischen Parteien, im Auftrag der Wirtschaft – widerstehen zu können. Eine Vielzahl von wirtschaftlich schwachen Medien, welche alle die gleichen Agenturberichte reproduzieren, hat jedenfalls nichts mit einer echten Vielfalt zu tun. Ein wirtschaftlich starkes Medienunternehmen kann es sich auch leisten, ein Netz von Journalisten – zum Beispiel auch von Journalisten im Ausland – zu haben. Hier zeigt sich die Ambivalenz der beklagten Entwicklungen: Die Kommission hat aus Sicht des Bundesrates dieser Tatsache zu wenig Rechnung getragen.

Der Bundesrat ist ebenfalls der Auffassung, dass das Konzept der Kommission zu stark von einer quantitativen Optik ausgeht und damit Gefahr läuft, Strukturen zu schützen und zu fördern, die überholt und letztlich mit den Zielen, die wir anstreben, nicht konform sind. Es kann nicht das Ziel behördlicher Anstrengungen sein, den Strukturwandel stoppen zu wollen. Dazu wären im Übrigen Mittel erforderlich, die aus finanziellen Gründen gar nicht bereitgestellt werden können. Dazu kommt, dass eine zu weitgehende staatliche Finanzierung der Presse die Unabhängigkeit der Medien auch gefährden könnte.

Nun ist uns sehr wohl klar, dass die heutige Presseförderung Mängel hat. Eine Weiterführung der heutigen, so genannten

indirekten Presseförderung über die Verbilligung von Posttaxen ist auch für den Bundesrat nicht wünschbar. Allfällige Verbesserungen bei der Presseförderung müssen es der Presse erlauben, trotz des Strukturwandels ihre Funktion für Staat und Gesellschaft wahrzunehmen.

Ich bin gefragt worden, ob der Bundesrat seine Meinung nicht geändert habe, nachdem in der Zwischenzeit die Verleger aktiv geworden sind und ein eigenes Konzept für eine Presseförderung präsentiert haben. Wir haben den Presseberichten entnommen, was hier die Zeitungsverleger unterschieden haben. Die Tatsache, dass der Bund 150 Millionen Franken jährlich einsetzen soll, hat natürlich bei der jetzigen Finanzlage zu einem Freudentaumel im Bundesrat geführt, (*Heiterkeit*) dennoch hat er das Ganze noch nicht sehr intensiv diskutieren können, ob das vorgelegte Konzept tauglich und im Rahmen der geltenden Verfassung realisierbar ist. Das können wir nicht beantworten, und wir gehen eigentlich auch davon aus, dass die Staatspolitische Kommission sich über dieses Konzept der Verleger neigen und es vielleicht noch weiter ausbrüten wird.

Zur Frage: Verfassungsänderung, ja oder nein? Da ist zunächst zu prüfen, inwieweit eine solche Presseförderung nach heutigem Verfassungsrecht möglich ist oder ob eine neue Kompetenznorm in die Verfassung genommen werden muss. Eine solche Prüfung hätte nach Auffassung des Bundesrates aus einer medienpolitischen Optik, und zwar aus einer gesamtheitlichen Optik, zu erfolgen, einer Optik, die nicht in erster Linie vom Ziel «strukturerhaltende Presseförderung» ausgeht. Schliesslich müsste dann auch eine Abstimmung zwischen dem geltenden Radio- und Fernsehartikel, der ja jetzt in der parlamentarischen Beratung ist, und einer allfällig neuen Verfassungsnorm sorgfältiger vorgenommen werden. Sollte sich erweisen, dass eine funktionierende Medienlandschaft auf Massnahmen angewiesen ist, für die es eine verfassungsrechtliche Kompetenz braucht, dann wird sich auch der Bundesrat einer neuen Verfassungsbestimmung nicht widersetzen – aber erst dann!

Abstimmung – Vote

Für Eintreten 83 Stimmen

Dagegen 68 Stimmen

Bundesbeschluss über die Medienpolitik Arrêté fédéral sur la politique des médias

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission: BB/

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 03.448/4345)

Für Annahme des Entwurfs 78 Stimmen

Dagegen 53 Stimmen